

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
 <i>Kapitel 1: Grundlagen</i>	 1
§ 1 Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	2
§ 2 Methodische Skizze	31
§ 3 Agenda	73
 <i>Kapitel 2: Entwicklungsstränge der Verantwortlichkeit für Hilfspersonen</i>	 75
§ 1 Römisches Recht	78
§ 2 Nachklassik, Christentum und Mittelalter	104
§ 3 Humanismus und Usus Modernus	109
§ 4 Spätscholastik, Naturrecht und Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts	114
§ 5 Pandektistik und Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert	122
§ 6 Bewertung und Fortgang der Untersuchung	131
 <i>Kapitel 3: Rechtfertigung der Einstandspflicht für Hilfspersonen in der Jurisprudenz</i>	 133
§ 1 Begründungsansätze im deutschen Recht	134
§ 2 Begründungsansätze anderer Rechtsordnungen	166
 <i>Kapitel 4: Ökonomik der Einstandspflicht für Hilfspersonen</i>	 199
§ 1 Ökonomik der deliktsrechtlichen Verantwortlichkeit für Drittverhalten und allgemeine Ziele des Haftungsrechts	200
§ 2 Funktionen des Vertragsrechts aus Sicht der Ökonomik	217
§ 3 Die Einstandspflicht für Dritte als Bestandteil eines ökonomisch rationalen Vertragsrechts	244

<i>Kapitel 5: Arbeitsteilung und positives Recht</i>	297
§ 1 Schutz des Leistungsinteresses	299
§ 2 Gewährleistung (vorvertraglicher) Informationsinteressen	436
§ 3 Sicherung des Integritätsinteresses	517
 <i>Kapitel 6: Arbeitsteilung und Verantwortlichkeit im europäischen Vertragsrecht</i>	 527
§ 1 Gemeinschaftsprivatrecht	529
§ 2 Gemeinsamer Referenzrahmen	534
 <i>Kapitel 7: Zusammenfassung der Ergebnisse</i>	 545
§ 1 Grundlagen	545
§ 2 Entwicklungsstränge der Verantwortlichkeit für Erfüllungsgehilfen	546
§ 3 Rechtfertigung der Einstandspflicht für Hilfspersonen in der Jurisprudenz	547
§ 4 Ökonomik der Einstandspflicht für Hilfspersonen	550
§ 5 Arbeitsteilung und positives Recht	553
§ 6 Arbeitsteilung und Verantwortlichkeit im europäischen Vertragsrecht	558
 Literaturverzeichnis	 559
Sachregister	619

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Kapitel 1: Grundlagen	1
---------------------------------	---

§ 1 Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	2
---	---

A. Die Binnenperspektive des deutschen Rechts	3
I. Kasuistische Unübersichtlichkeit und mangelnde Klarheit über die Haftungsgrundlagen	5
II. Haftung und Unternehmensorganisation	8
1. Die Herausforderung durch die Arbeitsteilung	8
2. Organisationsanreize durch Haftung	9
B. „Vom Beruf unserer Zeit ...“ – mal wieder?: Europäische Rechtsvereinheitlichung	12
I. Skepsis gegenüber gewillkürter Harmonisierung und Vermessung der Möglichkeiten der Rechtsvergleichung	17
II. Rechtsvergleichende Miniatur	23
1. Leistungsversprechen	23
2. Sicherung des Integritätsinteresses	25
3. Folgerungen und Beschränkung des Untersuchungsgegenstands . .	27
a) Ermittlung überpositiver Zurechnungskriterien	27
b) Materielle Selbständigkeit oder Unselbständigkeit der Verantwortlichkeit für Gehilfenverhalten?	29

§ 2 Methodische Skizze	31
----------------------------------	----

A. Rechtsdogmatik und Rechtsökonomik: Konsequentialismus, methodologischer Individualismus und juristische Hermeneutik . .	32
I. Das Bedürfnis nach einem deskriptiven Verhaltensmodell und seine Erfüllung durch die Ökonomik	33
1. Folgenabschätzung als Aufgabe der Rechtswissenschaft	33
2. Integration sozialwissenschaftlicher Verhaltensmodelle in die juristische Folgenabschätzung	39

II. Normative Ökonomik und teleologische Interpretation	43
1. Ziele schuldrechtlicher Regulierung.	44
a) Leistungsstörungenrecht, Effizienz und hypothetischer Konsens.	44
(1) Autonome Bindung und rechtsförmige Sanktion	44
(2) Kritik des wohlfahrtsökonomischen Effizienzdenkens aus Sicht des normativen Individualismus	51
b) Heteronome Verpflichtungen: Der Verstoß gegen Schutz- pflichten im Kontext der Vertragsdurchführung.	52
(1) Dogmatische und funktionale Sonderstellung der Schutzpflichten	52
(2) Schutzpflichten im Spiegel haftungsrechtlicher Effizienz- ziele	54
c) (Vor-)vertragliche Informationsverantwortlichkeit auf der Schnittstelle von autonomer und heteronomer Verpflichtung . .	60
2. Interpretation, zurückgenommener Rationalitätsanspruch und ökonomischer Erfahrungsschatz	61
B. Rechtsvergleichung und Rechtsökonomik	67
I. Funktionalismus und deskriptive Ökonomik	68
1. Definitionspotential und Analyseerweiterung.	68
2. Funktionsbegriff und Ökonomik	69
II. Rechtsvergleichung und normative Ökonomik	70
III. Ökonomische Modellannahmen und rechtsvergleichende Erkenntnisse	71
§ 3 Agenda	73

Kapitel 2: Entwicklungsstränge der Verantwortlichkeit für Hilfspersonen	75
--	----

§ 1 Römisches Recht	78
-------------------------------	----

A. Allgemeine Zurechnungsgesichtspunkte und Einstandspflicht für Dritte	78
B. Noxalhaftung für Delikte der Gewaltunterworfenen	80
C. Haftung für das Verschulden Dritter in Sonderverbindungen.	82
I. Vertragliche Übernahme des Personalrisikos.	83
II. Custodia-Haftung und Einstandspflicht für Gehilfenfehler.	84
1. Die Bewachungspflicht im klassischen römischen Recht	85
2. Zusammenhang von custodia-Haftung und Einstandspflicht für Gehilfen	86

a) Von Eigenverschulden unabhängige Haftung für Gehilfen- fehler	87
b) Custodia-Haftung und Einstandspflicht bei Auswahl- verschulden.	89
c) Konsequenzen	90
III. Haftung nur bei eigenem Verschulden, insbesondere für culpa in eligendo	91
1. Miet- und Pachtvertrag	91
2. Auftragsverhältnisse	93
3. Sonstige Fälle	94
4. Bewertung	95
D. Receptum-Haftung und verwandte Tatbestände	96
E. Quasideliktische Haftungstatbestände des Prätors	98
I. Actio de deiectionis vel effusis	98
II. Actio furti/damni in factum adversus nautas, caupones, stabularios	101
F. Römisches Fallrecht als Ausdruck einer funktional rationalisier- baren Risikoverteilung	103
§ 2 <i>Nachklassik, Christentum und Mittelalter</i>	104
A. Systematisierungstreben und christlicher Einfluss	104
B. Moralische Imputation und Einstandspflicht für Drittverhalten . . .	106
C. Konsequenzen	107
§ 3 <i>Humanismus und Usus Modernus</i>	109
A. Fortschreiben mittelalterlicher Haftungs- und Zurechnungslehren	109
B. Schuldparadigma und Haftung für Gehilfenfehler.	109
C. Faktisch verschuldensunabhängige Haftungstatbestände	111
D. Tendenz zur impliziten Verobjektivierung.	112
§ 4 <i>Spätscholastik, Naturrecht und Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts</i>	114
A. Haftungsrechtliche Konsequenzen der Trennung von forum internum und forum externum in der Spätscholastik	114
B. Ethische Imputation in der Naturrechtslehre	115
C. Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts	117
I. Haftung bei Bestehen von Sonderverbindungen.	117

II. Verantwortlichkeit jenseits bestehender Sonderverbindungen. . . .	119
D. Verschuldensprinzip als Grundlage eines weltlichen Haftungsrechts.	121
§ 5 <i>Pandektistik und Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert</i>	122
A. Zurechnungslehre und Schuldprinzip in der Pandekten- wissenschaft.	122
B. Einstandspflicht für Drittverhalten als Widerspruch zum Schuldprinzip und Relativierungen in der Lehre.	123
C. Gesetzgebung und Rechtsprechung.	126
D. Risikozuweisung als Aufgabe des Privatrechts im Zeitalter der Industrialisierung.	128
§ 6 <i>Bewertung und Fortgang der Untersuchung</i>	131
Kapitel 3: Rechtfertigung der Einstandspflicht für Hilfspersonen in der Jurisprudenz	133
§ 1 <i>Begründungsansätze im deutschen Recht</i>	134
A. Haftung für Erfüllungsgehilfen nach § 278 BGB.	134
I. Bedeutung und Reichweite der tradierten Erklärungsversuche . .	134
1. Heteronome Zurechnung und Verschuldensprinzip	134
2. Pluralistisches Verständnis der Verhaltenszurechnung als Ausdruck der Vielgestaltigkeit schuldrechtlicher Pflichten.	136
II. Einstandspflicht kraft Parteiwillens	138
1. Erfolgsversprechen und Einstandspflicht.	139
2. Garantie für das ordnungsgemäße Verhalten von Hilfspersonen . .	141
3. Unzulänglichkeit jeglicher rechtsgeschäftlicher Erklärungs- ansätze?	142
III. Risiko-Nutznießungsgedanke	143
1. Grundgedanke und flexible Risikozurechnung	143
2. Grenzen des Risiko-Nutznießungsgedankens, insbesondere Schutzplichten.	147
IV. Gedanke der Sphärenöffnung und des Vertrauensschutzes	148
V. Relativer Charakter einer tragfähigen Begründung der Gehilfen- haftung und Ergänzungsbedürftigkeit der tradierten Kriterien. . .	149
B. Haftung für Organwalter, § 31 BGB	151
I. Der Theorienstreit um die Natur der Haftung nach § 31 BGB und die sachliche Reichweite der Organhaftung.	152

II. Materielle Rechtfertigung der Organhaftung jenseits des Theorienstreits.	155
1. Ergebnisbeschreibung und materielle Normbegründung	156
2. Risiko-Nutznießungsgedanke und verwandte Begründungsansätze	157
a) Die fundamentale „Gerechtigkeitsidee“.	157
b) Die Trennung von Vermögensmassen als rechtstechnischer Grund der Haftungsüberleitung.	158
III. Notwendigkeit einer materiellen Konkretisierung der Organhaftung	159
C. Haftung für Auswahl-, Ausrichtungs- und Überwachungsverschulden beim Einsatz von Verrichtungsgehilfen, § 831 BGB . . .	160
I. Verschuldenshaftung als (unvollständige) Verwirklichung funktionaler Zurechnungsprinzipien	161
II. Rechtspolitische Kritik und „korrigierende“ Tendenzen in der Rechtsanwendung.	163
III. Bedürfnis nach einer einheitlichen materiellen Fundierung des dogmatisch uneinheitlichen Schutzes des Integritätsinteresses . . .	164
D. Zusammenfassung und weiterer Gang der Untersuchung	165
§ 2 Begründungsansätze anderer Rechtsordnungen	166
A. Legitimation der Verantwortlichkeit für Gehilfenfehler im Rechtskreis des common law	167
I. Sicherung des Leistungsinteresses	167
1. Vertragsbruch und Rechtsbehelfe in ihrer Bedeutung für die Gehilfenhaftung.	167
2. Ausschluss der Rechtsbehelfe trotz Nichteinhaltung des Versprechens.	168
a) Grundregel bei Vereitelung der Vertragserfüllung.	168
b) Einstandspflicht für Gehilfen im Besonderen	171
c) Befund und Konsequenzen.	172
II. Verantwortlichkeit für Dritte jenseits vertragsrechtlicher Einstandspflichten	172
1. Vicarious liability des Geschäftsherrn	172
a) Präzedenzen.	174
b) Literatur	175
(1) Risiko-Nutznießung und die Parallele zur strict liability . .	175
(2) Sicherung der Kompensation des Opfers	176
(3) Schadensstreuung	178
2. Weitere Fälle der Verantwortlichkeit für Drittschädigungen, insbesondere Haftung für selbständige Unternehmer und Produkthaftung	179

a) Haftung für selbständige Unternehmer	179
(1) Ausdehnung des Auswahlverschuldens	180
(2) Nicht delegierbare Pflichten zur Schadensvermeidung als Grundlage einer faktisch verschuldensunabhängigen Haftung	181
i. Das einschlägige Fallrecht	181
ii. Legitimationsansätze in der Literatur	182
b) Produkthaftung	184
(1) Strikte Verantwortlichkeit für Produktfehler und implizite Haftung für Gehilfenversagen	184
(2) Ökonomischer Charakter bzw. Unergiebigkeit der angeführten Gründe für eine verschuldensunabhängige Produkthaftung	186
B. Normative Fundamente der Verantwortlichkeit für Gehilfenfehler im französischen Recht	187
I. Sicherung des Leistungsinteresses	188
1. Die eingeschränkte Erfolgsgarantie bei den obligations de résultat a) Grundlegende Einteilung der Obligationstypen	188
b) Verpflichtungswille als Grundlage der Einstandspflicht	189
2. Allgemeines Prinzip der Haftung für Gehilfenfehler als Fortentwicklung spezieller Zurechnungsnormen	191
II. Gewährleistung des Integritätsinteresses	193
1. Obligation de sécurité und Sperrwirkung des vertragsrechtlichen Haftungsregimes	193
2. Haftung für Verrichtungsgehilfen	194
3. Produkthaftung und action directe gegen den Hersteller	196
C. Vergleichende Bewertung und Fortgang der Untersuchung	197
 Kapitel 4: Ökonomik der Einstandspflicht für Hilfspersonen	199
 § 1 <i>Ökonomik der deliktsrechtlichen Verantwortlichkeit für Drittverhalten und allgemeine Ziele des Haftungsrechts</i>	200
A. Kontrolle des Prinzipals über das vom Agenten ausgehende Schadensrisiko als Grundvoraussetzung der Einstandspflicht	201
I. Agenturtheoretische Grundlagen der Analyse	201
II. Einwirkungsmöglichkeit auf den Handelnden als notwendige Bedingung der Einstandspflicht	202
B. Zusätzliche Kriterien der Haftungsbegründung	203
I. Überlegene Möglichkeiten des Hintermanns zur Risikominimierung	205
1. Kognitive Vorteile des Prinzipals	205

2. Vorteile interner Sanktionen gegenüber externer Haftung	206
II. Überwindung des Problems der Vermögensrestriktion (<i>judgement proof problem</i>).	208
III. Risikoaversion natürlicher Personen	211
1. Bedeutung individueller Risikopräferenz für das Recht	211
2. Relevante Konstellationen im Bereich der Einstandspflicht für Gehilfenverhalten	212
C. Die Relativität ökonomischer Begründungsansätze und die Konsequenzen für die Verantwortlichkeit für Gehilfenfehler	214
§ 2 Funktionen des Vertragsrechts aus Sicht der Ökonomik	217
A. Vertragsrecht im Licht ökonomischer Markt- und Wettbewerbs- theorien	217
1. Die Unsichtbare Hand und das Vertragsrecht	217
II. Privatautonomie und Effizienzdenken im Vertragsrecht	220
B. Funktionen des Vertragsrechts aus Sicht der Ökonomik	221
I. Ermöglichung und Absicherung der Kooperation.	222
1. Planmäßiges Wirtschaften und anonyme Transaktionen	222
2. Anreizwirkung und Verteilung von Risiken	225
3. Vertragsrecht und hypothetischer Konsens unter realen Bedingungen.	226
4. Paternalismus	229
II. Angemessene Offenlegung von Informationen	229
III. Senkung der Transaktionskosten	232
1. Dispositives Gesetzesrecht und Markttransaktionskosten	232
2. Die hypothetische, vollständige Parteivereinbarung als heuristischer Maßstab	233
3. Abstrakt generelle Regelungen: Marktimitierendes Vertragsrecht und heteronome Präferenzen	234
4. Nachverhandlungen.	237
5. Wünschenswertes Ausmaß effizienter Lückenfüllung	238
IV. Außerrechtliche Kooperationssicherung (Relationale Verträge)	239
1. Außerrechtliche Mechanismen der Kooperationssicherung	239
2. Missbrauchspotentiale und Relationalität der Austausch- beziehung	241
§ 3 Die Einstandspflicht für Dritte als Bestandteil eines ökonomisch rationalen Vertragsrechts	244
A. Ökonomik des Leistungsstörungenrechts	245
1. Grundlagen.	246

1. Effiziente Risikoverteilung als übergeordnetes Ziel des Leistungsstörungsrechts	246
2. Zielverwirklichung durch leistungsstörungsrechtliche Sanktionen	248
II. Die Determinanten des Parteiverhaltens im Einzelnen	250
1. Verhaltensanreize auf Seiten des Schuldners	250
a) Die Grundentscheidung: ordnungsgemäße Erfüllung oder Pflichtwidrigkeit.	250
(1) Der Anreiz zur effizienten Vertragserfüllung als Maßstab leistungsstörungsrechtlicher Sanktionen	250
i. Effizienzziel, Vertragsbruch und leistungsstörungsrechtlicher Anreiz	250
ii. Bedeutung des Verfahrens der Rechtsdurchsetzung	256
(2) Nachverhandlungen.	258
(3) Mehrstufige Erfüllungsbemühungen	260
b) Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung der eigenen Leistungsfähigkeit.	262
(1) Maßnahmen zur Beseitigung bekannter Risiken	262
i. Rechtliche Sanktionen nicht-ordnungsgemäßer Erfüllung	262
ii. Marktförmige Sanktionen nicht-ordnungsgemäßer Erfüllung	264
(2) Erwerb von Informationen über potentielle Erfüllungshindernisse.	265
2. Verhaltensanreize auf Seiten des Gläubigers	266
a) Investitionen in Erwartung der Erfüllung	266
(1) Steigerung des Kooperationsgewinns durch Investitionen des Gläubigers in Erwartung der Erfüllung	266
(2) Überinvestitionen als Folge einer Versicherung des Gläubigers gegen Nichterfüllungsschäden	267
(3) Anreizeffekte der prozessualen Durchsetzung leistungsstörungsrechtlicher Sanktionen	268
(4) Gläubigerinvestitionen und Nachverhandlungen	269
b) Ex ante Maßnahmen zur Minimierung des Nichterfüllungsschadens	269
c) Ex post Maßnahmen zur Minimierung des Nichterfüllungsschadens	271
3. Risikopräferenz und Risikoallokation	271
a) Optionale Versicherung bei heterogenen Risikopräferenzen	271
b) Risikoallokation und Anreizwirkung.	272
III. Folgerungen für die Einstandspflicht für das Fehlverhalten von Erfüllungsgehilfen	273
B. Ökonomik des Gewährleistungsrechts	275
I. Investitionstheorie der Gewährleistung	275
1. Gewährleistung als Versicherung	276

2. Gewährleistung als Instrument der Verhaltenssteuerung.	277
II. Gewährleistung als Qualitätssignal	278
III. Folgerungen für die Einstandspflicht für das Fehlverhalten von Erfüllungsgehilfen	278
C. Ökonomik der Informationsverantwortlichkeit im Vertragsrecht . .	279
I. Informationsökonomik, Zielkonflikt der Informationspolitik und privatrechtliche Verteilung der Informationsverantwortung. .	280
1. Das Problem der Unterversorgung mit Information	280
2. Ziele ökonomisch rationaler Informationspolitik	282
3. Folgerungen für die privatrechtliche Verteilung der Informations- verantwortung.	283
II. Informationsverantwortlichkeit im Vertragsrecht.	284
1. Komparativer Kostenvorteil, Vertrauensprämie und Reichweite der Informationsverantwortlichkeit	285
a) Informationskosten und Vertrauensprämie.	285
b) Korrelation von Vertrauensprämie und Reichweite der Informationsverantwortlichkeit?	287
2. Informationsverantwortlichkeit und Anreize zur Beschaffung und Verwertung von Informationen	287
a) Wertsenkende Informationen	288
b) Werterhöhende Informationen.	290
(1) Keine Aufklärungspflicht bei produktiven Informationen. .	290
(2) Aufklärungspflicht des Erwerbers zur Sicherung der Informationsverwertung?	290
(3) Aufklärungspflicht bei unproduktiven Informationen, insbesondere Vorauswissen	291
c) Zufallsinformationen	292
III. Folgerungen für die Einstandspflicht für das Fehlverhalten von Hilfspersonen	294
D. Verantwortlichkeit für Gehilfen im Spiegel der Ökonomik und Konsequenzen für Fortgang der Untersuchung.	295
 Kapitel 5: Arbeitsteilung und positives Recht.	297
 § 1 Schutz des Leistungsinteresses	299
A. Herausforderung durch leistungsstörungsrechtliche Formenvielfalt	300
I. Implizite und explizite Verhaltenszurechnung im Leistungs- störungsrecht.	300
II. Verantwortlichkeit für Gehilfenfehler und Grenzen des Erfüllungsanspruchs	302

III. Konsequenzen und Fortgang der Untersuchung.	305
B. Einstandspflicht für Dritte im Rahmen des Erfüllungsanspruchs . .	306
I. Objektive Unmöglichkeit und Unmöglichkeit für den Schuldner .	307
1. Wegfall der Leistungspflicht bei objektiver und subjektiver Unmöglichkeit als Reaktion auf vorpositive Gegebenheiten	307
a) Objektive Unmöglichkeit.	307
b) Unmöglichkeit für den Schuldner	308
c) Folgerungen und Fortgang der Untersuchung	311
2. Orientierung am Schuldinhalt als Einfallstor normativer Risikozuweisungen	311
a) Der Versprechensinhalt als Determinante der Anwendung des § 275 Abs. 1 BGB	311
b) Nachlieferungszwang beim Stückkauf und Unmöglichkeits- einwand.	313
3. Ökonomik des Einwands der Unmöglichkeit im Lichte arbeitsteiliger Leistungserbringung.	316
a) Präventionsanreize im Hinblick auf nachteilige Folgen nicht ordnungsgemäßer Erfüllung	317
b) Präferenzgerechte Zuweisung des Risikos nicht ordnungs- gemäßer Erfüllung.	319
c) Kompatibilität der ökonomischen Sicht mit der Dogmatik des Unmöglichkeitseinwands	321
II. Leistungserschwernis.	323
1. Einrede wegen Überschreitens der Zumutbarkeitsschwelle, § 275 Abs. 2 BGB	323
a) Grobes Missverhältnis zwischen Erfüllungsaufwand und Leistungsinteresse.	324
b) Leistungsinteresse.	329
c) Erfüllungsaufwand	332
d) Vertretenmüssen als Determinante der Zumutbarkeitsschwelle	335
e) Anwendung des § 275 Abs. 2 BGB im Licht arbeitsteiliger Leistungserbringung	338
2. Vertragstypische Grenzen der Leistungspflicht, §§ 439 Abs. 3, 635 Abs. 3 BGB	339
a) Struktur der Regelung	340
b) Schwelle absolut unverhältnismäßiger Kosten	341
(1) Die Grenze der Nacherfüllungspflicht im nationalen Recht	342
(2) Totalverweigerung und Sekundärrecht	345
c) Anwendung im Hinblick auf die arbeitsteilige Leistungs- erbringung	348
III. Ergänzende Vertragsauslegung und Störung der Geschäftsgrundlage.	349
1. Ergänzende Vertragsauslegung	349
2. Störung der Geschäftsgrundlage	350

a) Anwendungsbereich der Geschäftsgrundlagenlehre.	351
b) Parallele Steigerung von Erfüllungsaufwand und Leistungsinteresse.	355
IV. Ökonomisch rationale Einstandspflicht für Dritte im Rahmen des Naturalerfüllungsanspruchs und Fortgang der Untersuchung	360
C. Einstandspflicht für Dritte im Rahmen des Schadens- ersatzanspruchs	362
I. Struktur der vertraglichen Schadensersatzhaftung	363
1. Einheitlicher Anspruch auf Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	363
2. Pflichtverletzung und Vertretenmüssen	365
a) Unmöglichkeit und verwandte Tatbestände	365
b) Nichterfüllung und Schlechtleistung	368
3. Pflichtverletzung und Zurechnung als Determinanten der Analyse.	370
II. Haftung bei Ausschluss der Leistungspflicht, Nichterfüllung und nicht rechtzeitiger Erfüllung.	371
1. Eigene Verantwortlichkeit des Schuldners	372
a) Regelverantwortlichkeit für eigenes Verschulden	372
b) Überwachungs-, Vorsorge- und Abwendungspflichten.	376
c) Übernahme eines Beschaffungsrisikos	379
2. Zurechnung des Verhaltens von Erfüllungsgehilfen.	383
a) Handeln eines Erfüllungsgehilfen	384
b) Bedienen zur Erfüllung einer Verbindlichkeit	386
c) Tätigkeit im Pflichtenkreis des Schuldners	393
d) In Erfüllung der Verbindlichkeit (nicht nur bei Gelegenheit) . .	398
e) Verschulden des Erfüllungsgehilfen	401
III. Haftung wegen nicht wie geschuldet erbrachter Leistung	405
1. Eigene Verantwortlichkeit des Schuldners	406
a) Überwachungs-, Vorsorge- und Abwendungspflichten.	406
b) Übernahme einer Garantie	410
2. Zurechnung des Verschuldens von Erfüllungsgehilfen	412
a) Bedienen zur Erfüllung einer Verbindlichkeit	413
b) Tätigkeit im Pflichtenkreis des Schuldners	413
IV. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers und seiner Leute	415
1. Bilaterale Verantwortlichkeit im Leistungsstörungen- und Schadensrecht	416
a) Totalbefreiung des Schuldners	416
b) Naturalerfüllung durch den Schuldner	417
c) Schadensersatzhaftung des Schuldners	419
2. Anspruchskürzung wegen eigenen oder zurechenbaren fremden Mitverschuldens.	423
a) Systematik und Zielrichtung der Mitverantwortlichkeit	423
b) Unmittelbare Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	425

c) Zurechnung fremder Verantwortlichkeit	426
D. Verantwortlichkeit des Verkäufers für Hersteller und Vorlieferanten als Illustration	427
I. Reichweite des Sachproblems	427
II. Pflicht zur Naturalerfüllung (Nacherfüllungsanspruch)	429
III. Schadensersatzhaftung	430
1. Unmittelbare Verantwortlichkeit	430
2. Verschuldenszurechnung	431
§ 2 Gewährleistung (vorvertraglicher) Informationsinteressen	436
A. Zuweisung von Informationsverantwortlichkeit durch unterschiedliche Rechtsinstitute	437
B. Anfechtung	438
I. Anreizwirkung der Nichtigkeitsfolge für die arbeitsteilige Wahrnehmung der Informationsverantwortung.	439
1. Anreizwirkung der Gewährung und Verweigerung von Lösungsrechten	439
2. Anreizwirkung und ökonomisch rationale Informations- verantwortlichkeit bei Arbeitsteilung.	439
3. Weitergehende und alternative Risikozuweisung durch Schadensersatzansprüche.	440
II. Irrtumsanfechtung	441
1. Eigenschaftsirrtum	442
a) Das Verständnis des Eigenschaftsirrtums in der zivilrechtlichen Irrtumslehre	443
b) Die Verkehrswesentlichkeit als normativer Schlüsselbegriff	444
c) Materielle Kriterien der Risikozuweisung bei nicht geäußelter Eigenschaftserwartung	445
d) Verkehrswesentlichkeit, Informationsverantwortung und Arbeitsteilung	449
2. Schadensersatzhaftung des Anfechtungsberechtigten und Ausschluss der Kompensation	451
a) Bedeutung der Haftung und des Ausschlusstatbestands nach § 122 BGB für die Informationsverantwortlichkeit	452
b) Konkurrierende Haftung wegen Verschuldens bei Vertrags- verhandlungen	455
3. Informationsverantwortung im Irrtumsrecht bei Arbeitsteilung	457
III. Arglistanfechtung	457
1. Die Zentralität der Informationspflichten für die erfassten Täuschungshandlungen.	458
a) Informationspflichtwidrigkeit der Fehlvorstellung als normative Verbindung von aktivem Tun und Unterlassen	458

b) Arglistigerfordernis	460
2. Verantwortlichkeit für Täuschungen durch Dritte	461
a) Unbedingte Zurechnung von Täuschungen durch Personen im Verantwortungsbereich des Erklärungsempfängers	461
b) Kenntnis und Kennenmüssen des Erklärungsempfängers	464
C. Haftung für fahrlässige Informationspflichtverletzung	464
I. Nebeneinander von Arglistanfechtung und Verantwortlichkeit für fahrlässige Informationspflichtverletzungen	466
II. Zurechenbare Verletzung von Informationspflichten bei der arbeitsteiligen Vertragsanbahnung	468
1. Einteilung und Begründung vorvertraglicher Informations- pflichten	469
a) Einheit und Vielheit in der Dogmatik der Informations- pflichten	469
b) Wahrheits-, Aufklärungs- und Informationsbeschaffungs- pflichten	470
c) Pflichten zur Aufklärung über vorhandenes Wissen	474
d) Pflichten zur Informationsbeschaffung	480
(1) Einheitliches normatives Fundament	480
(2) Informationsbeschaffung als Grundlage geschuldeter Aufklärung	481
(3) Informationsbeschaffung und Wahrheitspflicht	483
2. Eigene Verantwortlichkeit des Vertragsschließenden	486
3. Zurechnung fremden Fehlverhaltens	486
a) Zurechnungstragende Sonderverbindung	487
b) Bedienen zur Erfüllung einer Verbindlichkeit	489
c) Tätigkeit im Pflichtenkreis des Erklärungsempfängers	490
d) Verschuldenszurechnung	492
III. Mitverantwortlichkeit des Irrenden	493
D. Verbraucherrechtliche Widerrufsrechte	494
I. Eingeschränkte Bedeutung der Arbeitsteilung im Rahmen des verbraucherrechtlichen Schutzes der Entscheidungsfreiheit	495
1. Konsequenzen der situativen und vertragsgegenstandsbezogenen Legitimation von Widerrufsrechten	495
2. Einfluss von Aufklärungs- und Informationspflichten auf das Widerrufsrecht	498
3. Verbundene Geschäfte	499
II. Differenzierte Risikoanzuweisung bei verbundenen Geschäften	500
1. Finanzierungszweck des Darlehens	501
2. Wirtschaftliche Einheit zwischen Bargeschäft und Darlehen	502
a) Vermutungstatbestand des „sich Bedienens“	502
b) Grundtatbestand	506
c) Sonderregelung für finanzierten Immobilienerwerb	506

3. Widerrufsdurchgriff trotz Fehlen einer wirtschaftlichen Einheit . . .	508
E. Vertrieb von Immobilienanlagen („Schrottimmobilien“).	509
I. Verantwortung bei Verletzung von Informationspflichten.	510
1. Erfüllungsgehilfeneigenschaft Dritter im Strukturvertrieb	511
2. Tätigkeit im Pflichtenkreis des Darlehensgebers.	512
a) Aufklärung über Darlehensrisiken	512
b) Belehrung über das Widerrufsrecht	514
II. Verantwortung als Folge von Widerrufs-, Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff.	515
§ 3 Sicherung des Integritätsinteresses	517
A. Schadensersatz als zentrale, vertragsrechtliche Sanktion der Verletzung des Integritätsinteresses	518
B. Auswahl- und Überwachungspflichten des Schuldners.	520
C. Zurechnung des Verhaltens von Erfüllungsgehilfen	522
I. Einschalten durch den Schuldner	523
II. Zur Erfüllung einer Schuldnerverbindlichkeit	524
 Kapitel 6: Arbeitsteilung und Verantwortlichkeit im europäischen Vertragsrecht.	 527
§ 1 Gemeinschaftsprivatrecht.	529
A. Wissenschaftliche Systematisierungen des geltenden Gemeinschaftsrechts	529
B. Gewährleistung beim Verbrauchsgüterkauf, Informationspflichten und Widerrufsrechte	531
§ 2 Gemeinsamer Referenzrahmen	534
A. Schutz des Leistungsinteresses	535
I. Grundsatz	535
II. Erfüllungsanspruch.	536
III. Schadensersatz.	538
1. Die Erfüllung ausschließende Hinderungsgründe	538
2. Leistungsschwernis.	540
B. Informationsverantwortung.	542
I. (Vorvertragliche) Aufklärungspflichten.	542
II. Informationserzwingende Widerrufsrechte	543

C. Integritätsinteresse	543
Kapitel 7: Zusammenfassung der Ergebnisse	545
§ 1 Grundlagen	545
§ 2 Entwicklungsstränge der Verantwortlichkeit für Erfüllungs- gehilfen.	546
§ 3 Rechtfertigung der Einstandspflicht für Hilfspersonen in der Jurisprudenz	547
§ 4 Ökonomik der Einstandspflicht für Hilfspersonen	550
§ 5 Arbeitsteilung und positives Recht	553
§ 6 Arbeitsteilung und Verantwortlichkeit im europäischen Vertragsrecht	558
Literaturverzeichnis	559
Sachregister	619